



Sitzungsbericht

Thema:	WTO: Komitee für technische Handelshemmnisse (TBT Komitee)
Ort / Datum:	Genf, 25. bis 27. Februar 2020
Vorsitz:	Sung Hwa JANG (Südkorea)
CH-Delegation:	Marcin Stawarz (SECO)
Kopien an:	SECO: AF/flu, sil; AFWA/glm; AFDL/rrp; AFNT; WHWT/gpr, ena, zuk, dre; WHFH/ bck, rei, mns; WEHU/ jer, krc; BWAM; BWAO/wab, rbx, wbf, rop; BWMA/spu, obp, cor; BWEU/mto, jaj; MOMC/hso, crd; Mission EU/REJ; MDB; Botschaft Kairo; DEA: F. Mahnig, M. Amrein, G. Stäubli; BAKOM: L. Cocciantelli; BFE: W. Gander; K. Bisang; ESTI: P. Fluri; BAFU: M. Rohn, J. Tremp; BLV: M. Beer, L. Bruggmann, J. Deflorin, A. Ochieng, C. Meylan, S. Kucsera, M. Müller; BAG: M. Anderegg, B. Kolp Buchs, D. Kappes, U. Spahr; Anmeldest. Chem.: T. Barrelet; Swissmedic: J.Schläpfer; BBL: A. Bossenmayer; BLW: K. Bende, P. Aebi, C. Roux; IGE: M. Schaeli, M. Alder; SNV: U. Fischer, switec

Sachbearbeiter/in: sam
Verfasst am: 10. März 2020

Kurzzusammenfassung

- **64 spezifische Handelsprobleme** („*Specific Trade Concerns*“ - STCs) wurden **behandelt: 13 davon waren neu**. Die Schweiz äusserte sich zu den Vorschriften in **Mexiko** betr. die Kennzeichnung von vorverpackten Lebensmitteln und nicht-alkoholischen Getränken, den Registrierungsanforderungen in **China** von ausländischen Lebensmittelherstellern, den Registrierungsanforderungen von importierten Produkten ebenso wie den Vorschriften zu Plastikprodukten in **Saudi-Arabien**.

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Marcin Stawarz
Holzikofenweg 36, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 53 12,
marcin.stawarz@seco.admin.ch
www.seco.admin.ch

- Die informelle Sitzung des TBT Komitees wurde in einem ersten Teil der guten Regulierungspraxis («*Good Regulatory Practice*») gewidmet, in welchem die Regulierungszusammenarbeit im Bereich der Medizinprodukte und der neuen Fahrzeugtechnologien diskutiert wurden.
- In einem zweiten Teil standen Konformitätsbewertungsverfahren («*Conformity Assessment Procedures*») auf der Tagesordnung. Dabei wurden verschiedene Fallbeispiele präsentiert, wie Konformitätsbewertungsergebnisse zwischen den Ländern gegenseitig akzeptiert werden können.

1 **Behandlung spezifischer Handelsprobleme¹** **(*Specific Trade Concerns – STCs*)**

1.1 **Neue Handelsprobleme (*new raised concerns*)**

Mexiko - Draft Amendment to Mexican Official Standard NOM-051-SCFI/SSA1-2010: General specifications for the labelling of pre-packed food and non-alcoholic beverages (N°1) G/TBT/N/MEX/178/Add.9

Die EU äusserte ihre Bedenken in Bezug auf die Vorschriften in Mexiko betr. die Kennzeichnung von vorverpackten Lebensmitteln und nicht-alkoholischen Getränken. Gemäss der EU würden verschiedene Aspekte der Anforderungen nicht mit den internationalen Richtlinien des CODEX übereinstimmen. Zudem erkundigte sich die EU nach den Beweggründen, den Zuckerzusatz angeben zu müssen sowie nach dessen Definition. Schliesslich wies die EU auf die Arbeiten im Codex-Komitee zur Lebensmittelkennzeichnung hin, welches zurzeit Richtlinien für die Kennzeichnung auf der Vorderseite der Verpackung erarbeiten würde. Mexiko solle diese Arbeiten abwarten und nicht eigene, davon abweichende Anforderungen schaffen. Die USA wiesen darauf hin, dass die Anforderungen strikter sein könnten, wie dies für die Zielerreichung notwendig wäre. Bemängelt wurde ebenso die fehlende Abstützung auf internationalen Normen. Zudem wären bestimmte Anforderungen und Angaben nicht zielführend und würden zur falschen Wahrnehmung bestimmter Produkte führen. Die USA erkundigten sich, ob die Kennzeichnung zuerst bewilligt werden müsse. Zudem solle Mexiko eine Übergangsfrist von 2 Jahren vorsehen und bei Änderungen die Vorschriften nochmals an die WTO notifizieren. Die Schweiz² schloss sich den Bedenken an und wollte in Erfahrung bringen, ob

¹ Es handelt sich hierbei um eine unvollständige Liste: Bei Bedarf findet sich die vollständige Auflistung der behandelten Handelsprobleme in der Agenda des Meetings oder im offiziellen Protokoll des WTO-Sekretariats, das zu einem späteren Zeitpunkt publiziert wird.

² Switzerland would like to join previous speakers in raising concerns over Mexico's proposed technical regulation for labelling pre-packaged food and non-alcoholic beverages. We would like to better understand whether the proposed technical regulation is based on scientific information and relevant international standards, and whether alternative measures have been taken into account. Switzerland shares Mexico's goals regarding the promotion of public health and consumer information. For instance, the competent Swiss authorities issue recommendations on daily nutrient intake and set voluntary nutrient thresholds for different food categories. Major food producers and importers have also agreed to introduce the label "Nutri-Score" on packaged food - again on a purely voluntary basis - in order to provide better and more targeted information to consumers. We wonder whether less trade restrictive alternative measures were considered in the case of Mexico, before pursuing the proposed measure? The internationally agreed Codex Guidelines on Nutrition Labelling do not foresee warning labels in the absence of exact quantitative knowledge of what individual should eat in order to maintain health. Hence, we are

die Vorschriften auf wissenschaftlichen Grundlagen sowie internationalen Normen basieren würden. Zudem wurde Mexiko gefragt, inwiefern handelsfreundlichere Alternativen berücksichtigt worden seien. Die Schweiz unterstützte die Ziele Mexikos, die öffentliche Gesundheit und Konsumenteninformation zu fördern und verwies auf eigene Massnahmen und Empfehlungen, die jedoch freiwillig verbleiben würden. Auch die Schweiz verweis auf die CODEX-Richtlinien zur Lebensmittelkennzeichnung und dass diese keine Warnbotschaften wie in den mexikanischen Vorschriften vorsehen würden (siehe "exceso en"). Diese würden falsche Signale setzen, obwohl solche Produkte auch Teil einer ausgewogenen Ernährung sein könnten. Costa Rica und Guatemala schlossen sich den Bedenken an.

Mexiko entgegnete, dass die öffentliche Gesundheit, insbesondere Übergewicht, ein schwerwiegendes Problem in Mexiko sei. Aus diesem Grund seien Massnahmen ergriffen worden, um diesem Problem entgegenzuwirken. Mexiko wies darauf hin, dass mehr als 5000 Kommentare während der Konsultation der Vorschriften eingegangen seien, welche anschliessend mit verschiedenen Anspruchsgruppen geprüft worden seien. Man habe in diesem Prozess entschieden, die Vorschriften mit diesen Änderungen zu genehmigen. Die Antworten auf die eingegangenen Kommentare müssten in naher Zukunft veröffentlicht werden. Danach würden die Vorschriften im Amtsblatt veröffentlicht. Mexiko würde das TBT Komitee über die weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

China – Draft Administrative Measures for Registration of Overseas Producers of Imported Foods (N°5)

Im Zusammenhang mit den chinesischen Registrierungsanforderungen von ausländischen Lebensmittelherstellern äusserte Mexiko seine Bedenken. Kritisiert wurden dabei die zusätzlichen Zertifizierungsverfahren, die die mexikanischen Hersteller für den Export nach China unterlaufen müssten. Der Fokus liege dabei auf der Konformität mit chinesischen Anforderungen, nebst den mexikanischen Anforderungen. Die Anforderungen würden sowohl für Behörden wie auch die Industrie zu unnötiger Belastung führen. Der Geltungsbereich und fehlende Abstützung auf wissenschaftlichen Grundlagen waren weitere Kritikpunkte, ebenso wie unklare Kennzeichnungsanforderungen. Die Massnahmen seien nicht notifiziert worden. Südkorea unterstützte Mexikos Bedenken und bemängelte, dass sämtliche Hersteller von importierten Lebensmitteln registriert werden müssten und die Verantwortung den ausländischen Behörden statt der Industrie auferlegt würde. Die Schweiz³ kritisierte, dass ohne Berücksichtigung des

interested in better understanding the rationale behind choosing a label with negative warning, such as "exceso en". By using such a warning, consumers may come to believe that these food products should be avoided altogether, even when they can be part of a balanced and healthy diet. In seeking answers to these questions, Switzerland looks forward to continuing its engagement with the Mexican authorities.

³ Switzerland would like to join previous speakers in raising its concern over the proposed registration of overseas manufacturers of imported food. While Switzerland understands China's efforts to ensure that only safe food is imported, our analysis of the draft regulation has raised a number of questions and concerns. Switzerland has already responded to the call for comments and shared its analysis with the competent Chinese authorities. Today, we would like to focus our intervention on the following three areas: 1. First: The Administrative Provision proposes to expand the registration of overseas manufacturers [These include meat products, aquatic products, dairy products (including infant formula), and edible bird's nest] to include all food categories irrespective of the risk-profile. Without further justification or explanation, the measure appears more trade-restrictive than necessary, thereby being in contradiction with Article 2(2) of the TBT Agreement. 2. Second: Switzerland is concerned that the Administrative Provisions may cause significant trade disruptions since all trading partners will have to complete an evaluation of their food safety management systems as a pre-condition to export foodstuffs to China. We are concerned that, given their volume, this will have a significant effect on China's resources in handling

Risikos alle Lebensmittelkategorien unter die Anforderungen fallen würden, was handelsbeschränkender sei wie dies für die Zielerreichung notwendig wäre. Die Tatsache, dass sämtliche Handelspartner ein Assessment ihres Lebensmittelsicherheitssystems als Bedingung für den Export nach China durchlaufen müssten, würde zu erheblichen Handelsbeschränkungen führen, da die chinesischen Behörden nicht die notwendigen Kapazitäten haben würden, um entsprechende Anfragen ausreichend schnell zu bearbeiten. Schliesslich seien ausländische Exporteure im Vergleich zu chinesischen schlechter gestellt. Die USA, Japan, die EU, Chinese Taipei schlossen sich diesen Bedenken an und forderten China unter anderem dazu auf, die Massnahmen an die WTO zu notifizieren.

China entgegnete, dass aufgrund Chinas Öffnung die Importe rasant gestiegen seien. Das Ziel der Massnahmen sei es, das bestehende Registrierungssystem zu verbessern und die Verantwortlichkeiten zu klären. Die Massnahmen seien weiterhin in Erarbeitung. Sobald ein Entwurf fertiggestellt sei, würden die Vorschriften an die WTO notifiziert werden.

Saudi-Arabien – Saber Conformity Assessment Online Platform / Saleem Product Safety Program (N°9)

In Saudi-Arabien wurde ein elektronisches System zur Registrierung von Importeuren, importierten Produkten und zur Ausstellung von Konformitätszertifikaten eingerichtet. Die EU wies auf erhebliche Auswirkungen auf den Handel hin und die zahlreichen administrativen Anforderungen, die den Prozess teuer, aufwendig und zeitraubend machen würden. Saudi-Arabien wurde dazu aufgefordert, die Anforderungen und das System zu vereinfachen, insbesondere unter Berücksichtigung der Eigenheiten des Spielzeugsektors. Dokumentationsanforderungen sollen auf das Minimum beschränkt werden. Teilweise seien die auferlegten Kosten nicht gerechtfertigt und die Vertraulichkeit von Geschäftsinformationen im Prozess nicht gewährleistet. Neben Spielzeugen sei vor allem der Keramiksektor in der EU betroffen. Die Schweiz⁴ schloss sich diesen Bedenken an und wies auf Schwierigkeiten der Industrie hin, Konformitätszertifikate zu erhalten, ebenso wie auf Zeitverzögerungen im Registrationsprozess. Die fehlende Transparenz und Unsicherheit bezüglich der Registrierungs- und Zertifizierungsanforderungen trage zu den Schwierigkeiten der Industrie bei.

these requests in a timely fashion. As a possible consequence, Chinese importers and consumers may not enjoy the same access to food products due to delays in the evaluation procedure, and may face increasing costs. 3. Third: Switzerland is concerned that the Administrative Provisions put foreign exporters at a disadvantage over their Chinese competitors, since the measure is directed exclusively to overseas manufacturers. In this instance, we recall China's obligations under Article 2(1) of the TBT Agreement whereby Members shall accord "no less favourable" treatment to like products irrespective of their origin. We look forward to hearing China's response to these concerns, including those made as part of the call for comments, and we stand ready to engage with China in further discussions.

⁴ Switzerland would like to join previous speakers / the EU in raising its concerns over the Saber Conformity Assessment Online Platform. According to the "Saudi Product Safety Program" (SALEEM), all products entering the market in the Kingdom of Saudi Arabia need to be registered in the Saber Conformity Assessment Online Platform and Certificates of Conformity need to be issued for all regulated products. Our industry reported on difficulties to obtain the certificates of conformity and time delays in the registration process. The lack of transparency and uncertainty regarding these registration and certification requirements contributes to the difficulties of the industry. Moreover, the certificates of conformity are valid only for 12 months, which creates additional burdens to the industry. Switzerland looks forward to further cooperation on this topic and would appreciate if the Kingdom of Saudi-Arabia could take these comments into account.

Saudi-Arabien antwortete, dass es die Absicht der elektronischen Plattform sei, die Konformität vor der Verschiffung zu prüfen und die Abfertigungszeiten an der Grenze zu verringern. Die Anforderungen wären gleichermaßen für einheimische wie auch ausländische Produkte anwendbar. Neuerdings unterstehen die Keramikprodukte auch der Zertifizierungspflicht, da vermehrt nichtkonforme Produkte festgestellt worden seien. Schliesslich sei für Spielzeuge und deren Zertifizierung eine Typengenehmigung notwendig, welche von der GCC Standards Organisation (GSO) ausgestellt werde.

1.2 Bestehende Handelsprobleme (*previously raised concerns*)

1.2.1 Chemikalien und Kosmetika

G/TBT/N/USA/283
EU - Hazard-based approach to plant protection products and setting of import tolerances (N°23)

G/TBT/N/EU/495

Die USA wiederholten ihre Bedenken zum gefahrenbasierten Ansatz („*hazard-based approach*“) der EU in der Pestizidregulierung. Die EU habe ihren Ansatz weiterhin nicht geändert, obwohl 10 Mitglieder an der letzten Sitzung des TBT-Komitees das Wort ergriffen hätten. Die

Bedenken der USA seien weiterhin nicht adressiert worden. Kritisiert wurde unter anderem das Fehlen einer vollständigen Risikoanalyse und die fehlende Transparenz. Es würden weniger handelseinschränkende Ansätze bestehen, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Die USA äusserten erhebliche Zweifel an der wissenschaftlichen Fundierung der Anforderungen. Für detaillierte Kritikpunkte verwiesen die USA auf die Diskussionen im SPS-Komitee. Brasilien schloss sich diesen Bedenken an und verwies ebenso auf die Notwendigkeit wissenschaftlicher Grundlagen. Kanada verwies zudem auf die «*Farm to Fork*»-Strategie und dass regulatorische Anpassungen in Zukunft stets kohärent und auf transparente Weise vorgenommen werden müssten, damit sich die Unternehmen rechtzeitig darauf einstellen könnten. Australien, Argentinien, Costa Rica, Uruguay, Panama, Ecuador, Guatemala, Paraguay und die Dominikanische Republik schlossen sich den Bedenken an.

Die EU antwortete, dass die wissenschaftlichen Kriterien für die Identifikation der endokrinen Disruptoren, welche auf der entsprechenden WHO-Definition basieren würden, seit November 2018 anwendbar seien. Nach Berücksichtigung der Kommentare und verschiedenen Optionen informierte die EU, dass man in Bezug auf die Gewährung von Einfuhrtoleranzen entschieden habe, den Prozeduren der Verordnung 396/2005 zu folgen, welche eine Risikoeinschätzung durch einen evaluierenden EU Mitgliedsstaat sowie eine wissenschaftliche Einschätzung der EFSA beinhalten. Basierend darauf werde über die Gewährung von Einfuhrtoleranzen von Fall zu Fall entschieden. Die EU werde die Mitglieder weiterhin informieren und in voller Transparenz handeln.

EU - Chlorothalonil (pesticide active substance) (N°24)

Kolumbien wiederholte seine Bedenken zur Beurteilung des Wirkstoffes Chlorothalonil bzw. der geplanten Nicht-Erneuerung der Genehmigung. Die EU wurde aufgefordert, wissenschaftliche Grundlagen für die Beurteilung heranzuziehen und eine weniger handelseinschränkende Massnahme zu prüfen. Die Kontrolle von Krankheiten würde ohne diesen Wirkstoff erschwert werden. Panama wies auf ähnliche Schwierigkeiten für Bananen-Produzenten hin. Zudem verstehe Panama die zweideutigen Botschaften der EU nicht: Zum einen rühmt man sich, Vorreiter in Sachen Klimawandel zu sein. Zum anderen verhindere man mit solchen Massnahmen Instrumente, um diesen zu bekämpfen. Panama kritisierte das Fehlen von wissenschaftlich fundierten Grundlagen in der Pestizidprodukteregulierung der EU. Brasilien merkte an, dass

G/TBT/N/EU/625

die nicht-Erneuerung von Wirkstoffgenehmigung ein grundlegendes Problem in der EU sei, das Brasilien weiterhin sowohl im TBT- wie auch im SPS-Komitee aufnehmen werde. Zudem sei der Wirkstoff in mehr als 100 Ländern zugelassen. Costa Rica, Guatemala, Ecuador, El Salvador, Nicaragua und Paraguay kritisierten die Massnahme und schlossen sich den Bedenken an.

Die EU antwortete, dass entsprechende Übergangsfristen vorgesehen seien und der Entscheidung den Handel nicht unmittelbar einschränken würde. Jeder Entscheidung, MRLs zu senken, würde einer separaten Notifikation unterliegen. Im Verfahren zur Genehmigung des Stoffes habe nicht ausreichend festgestellt werden können, dass die Genehmigungskriterien erfüllt sind (Art. 4 der Verordnung 1107/2009). Aufgrund der Risiken, die von Chlorothalonil ausgehen können, sei entschieden worden, die Genehmigung nicht zu erneuern. Anträge für Einfuhrtoleranzen seien jedoch möglich und würden von Fall-zu-Fall beurteilt werden.

EU - Transitional periods for MRLs and international consultations (N°35)

G/TBT/N/EU/682

Ein weiterer STC betraf die Pestizidregulierung in der EU, in diesem Fall wurden von zahlreichen Delegationen wie in den letzten Sitzungen des TBT-Komitees die Übergangsfristen für neue MRLs kritisiert. Die USA kritisierten den Mangel an Konsistenz im Vorgehen der EU: Zum einen seien die Massnahmen ans TBT Komitee notifiziert worden, zum anderen weise die EU stets darauf hin, dass die Angelegenheit im SPS Komitee behandelt werden müsse. Die USA bemängelten zudem, dass die Massnahmen diskriminierend seien. Auch Kolumbien wies auf den diskriminierenden Charakter der Anforderungen hin. Die EU solle zudem neue Übergangsfristen in Betracht ziehen. Panama unterstrich die besonderen Herausforderungen im Falle von verderblichen Gütern. Zudem forderte Panama Grossbritannien und die EFTA-Staaten dazu auf, die von der EU übernommenen MRLs ebenso zu notifizieren. Brasilien wies darauf hin, dass die Übergangsfrist eine Herausforderung für Produzent sei und diese über den Einsatz von Pestiziden weit im Voraus planen müssten. Auf diese Weise hätten zahlreiche Produkte keinen Marktzugang mehr. Die Situation für gefrorene Produkte sei noch schwieriger. Ecuador, Kanada, Paraguay, Costa Rica, Uruguay, Ägypten, Guatemala teilten dieselben oder ähnliche Bedenken.

Die EU wiederholte, dass die Angelegenheit im SPS-Komitee behandelt werden müsse. Aufgrund des Wunsches einzelner Mitglieder und im Sinne der Transparenz würde die EU zukünftig sämtliche Massnahmen betr. Pestizidwirkstoffe welche für das TBT Komitee relevant seien zusätzlich auch ans SPS Komitee notifizieren. Die Genehmigung von Wirkstoffen soll nach Ansicht der EU ausschliesslich im TBT-Komitee, während das Festsetzen von MRLs ausschliesslich im SPS Komitee diskutiert werden. Die EU erfülle sämtliche Pflichten unter den WTO Abkommen und berücksichtige die eingegangenen Kommentare. Schliesslich wurden die genauen Übergangsbestimmungen erläutert und deren Bedingungen erklärt.

1.2.2 Medizinprodukte und Arzneimittel

China - Regulations for the Supervision and Administration of Medical Devices (Order No 650 of the State Council) (N°17)

G/TBT/N/CHN/1313

Korea wiederholte die Bedenken aus vergangenen Sitzungen des TBT-Komitees und kritisierte, dass die Vorschriften zu unnötigen und duplikativen Konformitäts- und Testverfahren führen würden. China wurde aufgefordert, Tests von international akkreditierten Stellen anzuerkennen. Korea erkundigte sich zudem über die genauen Inspektions- und Testanforderungen. Zudem müssten einheimische wie ausländische Hersteller gleichbehandelt werden.

China verwies darauf, dass mit den Massnahmen das Registrierungs- und Klassifizierungssystem verbessert werden soll. Bestimmte Medizingeräte seien zudem von den Anforderungen für klinische Studien ausgenommen. Schliesslich informierte die chinesische Delegation, dass der Registrierungsprozess für Medizinprodukte beschleunigt und vereinfacht werde.

EU - Medical Device Regulation (MDR) and In Vitro Diagnostic Medical Devices Regulation (IVDR) (N°55)

G/TBT/N/EU/72

G/TBT/N/EU/71/Add.1

G/TBT/N/EU/72/Add.1

Japan kritisierte die Implementierung der revidierten EU-Verordnungen über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika. Problematisch seien insbesondere die kurzen Übergangsfristen sowie die ungenügende Information von Seiten der EU, damit Hersteller die neuen Anforderungen erfüllen könnten. Zudem sei die Anzahl der bezeichneten Stellen unzureichend, um die Zertifizierungen ausstellen zu können. Die USA äusserten ebenfalls Bedenken in Bezug auf die Implementierung der revidierten EU-Verordnungen über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika, welche sich im Verzug befinde. Die Industrie Sorge sich über einen gesicherten, reibungslosen Marktzugang und sehe diesen gefährdet. Die Anzahl Stellen, welche unter der MDR/IVDR zertifizieren könnten, sei unzureichend. Dies treffe insbesondere kleiner Unternehmen. Es wurde die Frage gestellt, ob alle Stellen noch operationell würden. Ferner seien die unzureichende Anzahl Durchführungsverordnungen ein weiteres Problem. Schliesslich seien die MDR / IVDR Bestimmungen zum «warehousing» und die Übergangsbestimmungen nicht ausreichend. Die EU müsse verschiedene Flexibilitäten in Bezug auf die Implementierung vorsehen, um den reibungslosen Marktzugang sicherzustellen. China, Korea, Kanada äusserten ebenfalls Bedenken.

Die EU hob die Bedeutung der MDR/IVDR für die Sicherheit hervor. Die Übergangsfrist für die Implementierung sei ein Kompromiss im Sinne der Patientensicherheit und eine Antwort auf die Skandale mit Medizinprodukten in mehreren Mitgliedsstaaten. Man würde sicherstellen, dass die wichtigsten Mechanismen für die Implementierung der Anforderungen bestehen, wie bspw. 35 «Guidance»-Dokumente, die Etablierung des «Unique Device Identification»-Systems oder der Eudamed-Datenbank. Im Jahr 2020 kann mit einem signifikanten Anstieg der bezeichneten Stellen gerechnet werden. Angesichts dieser Tatsachen und der Übergangsfristen und anderer Übergangsbestimmungen bestehe kein Grund, die Implementierung zu verschieben.

1.2.3 Elektronische und Telekommunikationsgeräte, Cyber Security

China - Requirements for information security products, including, inter alia, the OSCCA 1999 Regulation on commercial encryption products and its ongoing revision and the Multi-Level Protection Scheme (MLPS) (N°13)

Betreffend die chinesischen Regierungen und Produkterfordernungen im Bereich der Kryptographie zeigte sich Japan weiterhin besorgt. China wurde aufgefordert, über den Revisionsprozess zu informieren und die Anforderungen transparent zu implementieren. Auch die EU wiederholte ihre Bedenken und hob hervor, dass China über die Auswirkungen des neuen Gesetzes im Bereich Cybersicherheit auf bestehende Anforderungen aufklären soll. Wiederholt kritisiert wurden der weite Geltungsbereich, die ungenügende Klarheit der Anforderungen sowie fehlende Transparenz in der Implementierung.

China antwortete, dass Revision der OSCCA Regulierung nicht diskriminierend sei und gleichermassen für einheimische Produkte gelten würde. Die Anforderungen seien im Interesse der Gesellschaft und entsprächen den technologischen Entwicklungen. Die Übereinstimmung mit dem Cybersicherheitsgesetz werde sichergestellt.

China - Cybersecurity Law (N°45)

Im Zusammenhang mit dem chinesischen Gesetz betreffend die Cybersicherheit wiederholte Japan die Bedenken aus früheren Sitzungen des TBT-Komitees. Kritisiert wurden dabei unter anderem die ungenauen Begriffsdefinitionen und die fehlende Transparenz sowie die damit verbundene Unsicherheit in der Implementierung der Massnahmen. China solle eine ausreichende Übergangsphase für die Implementierung vorsehen. Die EU unterstrich, dass der Geltungsbereich nicht klar sei. Zudem müssten internationalen und nicht nationale Normen berücksichtigt und alle beteiligten Anspruchsgruppen in der Implementierung des Gesetzes involviert werden. Dieses Gesetz stelle praktisch ein Verbot von ausländischen Produkten und Dienstleistungen dar. China wurde von der EU-Delegation aufgefordert, das Gesetz in nicht-diskriminierender Weise zu implementieren. Der Schutz des geistigen Eigentums müsste sichergestellt werden. Schliesslich kritisierte die EU, dass das Gesetz bereits in Kraft sei, die Implementierungsverordnungen sich jedoch noch in Erarbeitung befinden würden. Diese müssten ebenfalls an die WTO notifiziert werden, sodass sich andere Mitglieder dazu äussern können. Die USA, Australien und Kanada äusserten ähnliche Bedenken und schlossen sich den vorangehenden Interventionen an.

China bekräftigte, dass es die Absicht sei, die Cybersicherheit und Informatiksicherheit zu garantieren. Das „*Cybersecurity Law*“, das ein ‘Rahmengesetz’ darstelle, sei diesbezüglich von entscheidender Bedeutung. China versicherte, dass der freie Datenfluss nicht betroffen sei.

1.2.4 Lebensmittel und alkoholische Getränke, inkl. Kennzeichnungsvorschriften

Indonesien - Halal Product Assurance Law No. 33 of 2014 (N°31) G/TBT/N/IDN/123

Hinsichtlich der indonesischen ‘Halal’-Kennzeichnungs- und Zertifizierungsvorschriften kritisierte die EU, dass weder das Gesetz noch die Durchführungsverordnungen an die WTO notifiziert worden seien. Halal-Anforderungen müssten die Verlässlichkeit von Informationen sicherstellen sowie die Wahlfreiheit von Konsumenten ermöglichen; sie dürften jedoch nicht unnötig den Handel einschränken. Indonesien wurde aufgefordert, die Massnahmen zu überdenken und die Anforderungen freiwillig zu halten. Die EU bemängelte, dass zahlreiche Anforderungen nicht klar seien und erkundigte sich hinsichtlich konkreter Elemente. Indonesien wurde dazu ermutigt, eine ausreichende Übergangsphase für die Implementierung dieser Vorschriften vorzusehen. Die EU begrüsst zudem die Möglichkeit, dass nicht-‘halale’ Produkte nicht als solche zertifiziert sein müssten, was unnötig und aufwendig sei. Indonesien wurde auf die relevanten CODEX-Richtlinien betreffend ‘Halal’-Zertifizierungen hingewiesen. Das Erfordernis, MRAs abzuschliessen, um ausländische Halal-Zertifizierungen anzuerkennen, sei in der Praxis kompliziert und unnötig handelseinschränkend. Die USA zeigten sich enttäuscht, dass Indonesien die neuen Vorschriften noch nicht an die WTO notifiziert und den anderen Mitgliedern eine Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben hätte. Die USA erkundigten sich zudem nach dem genauen Geltungsbereich der Vorschriften. Brasilien, Chinese Taipeh, Kanada und Neuseeland schlossen sich den Stellungnahmen an.

Die indonesische Delegation hob die Wichtigkeit der Transparenzprinzipien hervor und dass man diese befolgt hätte. Zudem hätte man auf die eingegangenen Kommentare geantwortet. Eine ausreichende Übergangsphase trage dazu bei, die Implementierung der Anforderungen möglichst wenig handelseinschränkend zu gestalten. Die Absicht der Anforderungen sei, die Konsumenten entsprechend zu informieren.

1.2.5 Diverses

Ägypten - Manufacturer Registration System (Decree No. 43/2016 and Decree No. 992/2015) (N°44) G/TBT/N/EGY/114, G/TBT/N/EGY/115

Im Zusammenhang mit dem Dekret Nr. 43/2016 und Nr. 992/2015 über die Registrierungs- und Zertifizierungserfordernisse für ausländische Importeure in Ägypten wiederholte die EU ihre Bedenken aus den letzten TBT-Komitee Sitzungen. Die EU zeigte sich enttäuscht, dass zahlreiche Registrierungsanträge nicht abgeschlossen werden konnten, da die Registrierungs-dokumente abgelaufen seien. Dies sei aus Sicht der EU darauf zurückzuführen, dass die ägyptischen Behörden die Registrierungsanträge nicht rechtzeitig bearbeitet hätten. Betroffen sei insbesondere der Keramiksektor, bei welchem seit 2016 praktisch keine Registrierungen mehr vorgenommen worden seien. Die EU forderte Ägypten dazu auf, vollständige Registrierungs-anträge ohne Zeitverzögerung zu bearbeiten. Kritisiert wurden auch systemische Elemente wie der Mangel an Transparenz, klarer Zeitfristen für die Registrierung wie auch eines klaren Berufungsverfahrens. Russland wiederholte seine Bedenken aus vergangenen Sitzungen und wies auf Schwierigkeiten der Stahlindustrie sowie Kosmetikindustrie hin. Die Türkei äusserte ebenso weiterhin bestehende Bedenken zum Registrierungssystem und zeigte sich besorgt darüber, dass zahlreiche Unternehmen immer noch nicht registriert werden konnten.

Ägypten verwies auf frühere Antworten im TBT-Komitee und ergänzte, dass Fortschritte in der Vereinfachung des Registrierungsprozesses erzielt werden konnten. Allein aus der EU seien seit Januar 2020 mehr als 100 Unternehmen registriert worden, sodass insgesamt mehr als 1200 Unternehmen aus der EU mittlerweile registriert seien. Eine unvollständige Dokumentation sei häufig der Grund für eine fehlende Registrierung.

EU – Amendments to the Directive 2009/28/EC, Renewable Energy Directive (N°50)

In Bezug auf die Richtlinie 2009/28/EC zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen kritisierte Kolumbien wie schon in vergangenen Sitzungen des TBT-Komitees, dass die Eliminierung von Biotreibstoffen auf der Basis von Palmöl ab 2030 unvereinbar sei mit den Prinzipien des MFN und «national treatment» und gegenüber Palmöl eine diskriminierende Wirkung im Vergleich zu ähnlichen Produkten habe. Malaysia wies auf die erheblichen Auswirkungen auf den Handel hin. Die Beurteilung von Palmöl und dessen Umweltauswirkungen basiere nicht auf wissenschaftlichen Grundlagen und verlässlichen Informationen. Palmöl aus Malaysia stamme aus nachhaltiger Produktion. Indonesien wies ebenso auf die diskriminierende Wirkung auf Palmöl hin und machte die Verletzung des TBT Abkommens geltend. Man bedauere es, dass die EU nicht bereit sei, einen konstruktiven Dialog zu führen, trotz zahlreicher Anfragen. Für die Angelegenheit sei im Dezember 2019 ein Verfahren im Streitbeilegungsmechanismus der WTO eröffnet worden. An der heutigen Sitzung hob Indonesien nochmals hervor, dass die Massnahmen unnötig den Handel einschränken würden, relevante internationale Normen nicht beachten würden und erhebliche Auswirkungen auf die Industrie hätten. Indonesien sei dem Pariser Abkommen zum Klimaschutz und den SDGs verpflichtet. Guatemala und Ecuador schlossen sich diesen Bedenken an.

Die EU wies darauf hin, dass die Angelegenheit im Streitbeilegungsverfahren sei (DS593 - EU – *Certain measures concerning palm oil and oil palm-based biofuels*). Um die Integrität des Verfahrens nicht zu beeinträchtigen, werde man aus diesem Grund auf eine Diskussion in diesem Komitee verzichten.

Saudi Arabien – Technical Regulation for plastic products OXO – biodegradable (N°54)

In Saudi-Arabien sind Vorschriften zu Plastikprodukten in Erarbeitung, welche vorschreiben, dass diese aus einem oxo-biologischen abbaubarem Material bestehen und ein von den saudischen Behörden (SASO) anerkanntes Zertifikat tragen müssen. Im Jahr 2018 dehnte Saudi-Arabien den Geltungsbereich auch auf gewisse Verpackungen aus Plastik bzw. Verpackungsfolien aus (Primär- und Sekundärverpackungen). Die EU merkte an, dass die Anforderungen eine enorme Einschränkung für den Handel seien, sollten sie implementiert werden. Betroffen seien unter anderem Spielzeuge, Kosmetika, Textilien, Maschinen und die Lebensmittelindustrie. Die EU wies auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse hin, die den Nutzen von solchem Plastik für die Umwelt in Frage stellen, was den Zielen der saudischen Vorschrift widersprechen würde. Aus diesem Grund sei solcher Plastik in Europa nicht erlaubt. Saudi-Arabien soll neue wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigen und die Implementierung dieser Anforderungen suspendieren, insbesondere die Phase 2 und 3 für Primär- und Sekundärverpackungen. Zudem wurde Saudi-Arabien nach dem Stand der Arbeiten und den nächsten Schritten gefragt. Die Schweiz⁵ äusserte ähnliche Kritikpunkte und schloss sich den Bedenken an.

Saudi-Arabien informierte, dass das Inkrafttreten der Phase 2 und 3 bzw. des Geltungsbereichs auf Primär- und Sekundärverpackungen bis auf Weiteres suspendiert sei. Saudi-Arabien bedankte sich für das Interesse und würde das Komitee über weitere relevante Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

2 Informelle Sitzung des TBT-Komitees

Die informelle Sitzung des TBT-Komitees wurde in einem ersten Teil der guten Regulierungspraxis («*Good Regulatory Practice*») gewidmet, in welchem die Regulierungszusammenarbeit im Bereich der Medizinprodukte und der neuen Fahrzeugtechnologien diskutiert wurden. In einem zweiten Teil standen Konformitätsbewertungsverfahren («*Conformity Assessment Procedures*») auf der Tagesordnung. Dabei wurden verschiedene Fallbeispiele präsentiert, wie Konformitätsbewertungsergebnisse zwischen den Ländern gegenseitig akzeptiert werden können.

⁵ Switzerland would like to support the intervention made by the EU on Kingdom of Saudi Arabia's technical regulation for oxo-degradable plastic products and reiterates its concerns from the last meeting of the WTO TBT Committee. While we share Saudi Arabia's legitimate objective to protect the environment and public health, Switzerland remains concerned that these requirements would constitute a significant barrier to trade. Our industry raised concerns regarding the requirement for certain types of plastic packaging to be oxo-degradable and bear a specific mark to demonstrate compliance. The need to use especially for the market in Saudi Arabia oxo-degradable SASO certified plastic packaging leads to additional costs and creates obstacles to trade. Switzerland would highly appreciate if Saudi Arabia could provide an update on the regulatory development of this measure and its timeline. Switzerland encourages Saudi Arabia to consider less trade-restrictive alternatives to achieve its environmental objectives and to take relevant international scientific research on oxo-degradable plastic into account.

2.1 Regulierungszusammenarbeit für Medizinprodukte und neue Fahrzeugtechnologien

Im ersten Teil der informellen Sitzung des TBT-Komitees stand die Zusammenarbeit der Regulierungsbehörden im Bereich der Medizinprodukte im Fokus der Präsentationen verschiedener Delegationen. Dabei wurden bestehende und zukünftige Formen der Zusammenarbeit sowie die Herausforderungen vorgestellt sowie diskutiert.

Die **USA** präsentierten das Beispiel des «*International Medical Device Regulators Forum*» (IMDRF) und des «*Medical Device Single Audit Program*» (MDSAP), welche zur internationalen regulatorischen Angleichung und gleichzeitig zur Erreichung gemeinsamer öffentlicher Ziele der teilnehmenden Regulierungsbehörden beitragen würden. Beschrieben wurde die Funktionsweise und Zusammenstellung des Programms und der einzelnen «*Working Groups*» unter dem IMDRF. Schliesslich wurde das MDSAP als wichtiges Resultat einer solchen Zusammenarbeit präsentiert, welches ein einziges Audit der Hersteller verlangen und in den teilnehmenden Ländern akzeptiert würde. **Kanada** ging auf den Kontext der Regulierungszusammenarbeit für Medizinprodukte ein, welcher geprägt sei von technologischem Wandel, regulatorischen Änderungen und einer Diversität sowie Komplexität der Produkte. Auch die kanadische Delegierte ging auf das IMDRF ein und zeigte an konkreten Beispielen auf, wie Kanada dessen Arbeit und Dokumente im eigenen regulatorischen System für Medizinprodukte übernehmen und akzeptieren würde (z.B. die «*IMDRF Adverse Event*»-Terminologie oder das «*IMDRF Common Table of Contents for Medical Device Regulatory Submissions*»). Eine weitere Präsentation der **USA** stellte die «*Inter-American Coalition for Regulatory Convergence*» vor, welche sich zum Ziel gesetzt habe, die Regulierungszusammenarbeit in der westlichen Hemisphäre zu fördern sowie internationale Vorschriften, Normen und Konformitätsbewertungsanforderungen für Medizintechnologie zu schaffen. Die Präsentierende ging auf die Herausforderungen für den Medizinsektor ein, wie bspw. die Vielfalt an Normen und Vorschriften, die Involvierung mehrerer Produktionsstätten für ein Medizinprodukt und die komplexen Registrierungsprozesse, die in den einzelnen Ländern unterschiedlich seien. Zudem würden viele Regulatoren das TBT Abkommen und GRP-Prinzipien nicht beachten, welche für diesen Sektor entscheidend seien. Das GRP-Kapitel des USMCA-Abkommens wurde diesbezüglich als Referenz präsentiert. Die **EU** ging auf die Herausforderungen ein, Medizinprodukte zu regulieren. Dazu gehöre die Vielfalt an Produkten und deren wirtschaftliche Bedeutung. Der Präsentierende beschrieb den Ansatz des «*New Approach*», der ebenso für Medizinprodukte gelten würde. In der EU würden die beiden neuen Verordnungen den Schutz der Gesundheit und der Patienten verbessern, ebenso wie mehr Transparenz und Innovation schaffen sowie die Anforderungen für klinische Daten und Evaluationen verbessern. Auch die EU ging auf das IMDRF ein und ausgewählte Arbeitsthemen unter dem MDRF. Die EU würde sich dabei unter Berücksichtigung der Eignung für den eigenen Regulierungsansatz so weit wie möglich auf den aktuellen Arbeiten des IMDRF ausrichten. Auch die neuen EU-Verordnungen würden in mehreren Aspekten auf IMDRF Prinzipien basieren. Zuletzt hob **Japan** hervor, dass eine Harmonisierung und Abstützung auf internationalen Normen im Bereich der Medizinprodukte vorteilhaft sei. Die WHO würde eine solche Regulierungszusammenarbeit fördern. Danach wurde das japanische Regulierungssystem für Medizinprodukte präsentiert und die Rolle der entsprechenden japanischen Regulierungsbehörden erklärt.

Hinsichtlich der Regulierungsarbeit für neue Fahrzeugtechnologien sprach eine Vertreterin der **EU** über das «*UNECE World Forum for the harmonization of vehicle regulations: the WP.29*». Dieses sei ein Beispiel dafür, wie sich die EU Gesetzgebung auf internationale Leitlinien stützen würde. Es gäbe drei UNECE Abkommen, welche regulatorische Massnahmen für Fahrzeuge und Ausrüstungen schaffen würden. Detaillierter eingegangen wurde dabei auf das

1958 Abkommen, welches einheitliche technische Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungen und Teile festlegt, ebenso wie die gegenseitige Anerkennung der Zulassungen regelt. Die EU hob hervor, dass die noch nicht vollständig regulierten Bereiche wie automatisierte und miteinander verbundene Fahrzeuge eine grosse Herausforderung in den aktuellen Arbeiten stellen würde. **Japan** präsentierte den eigenen Ansatz für automatisiertes Fahren und wie man zu den internationalen Arbeiten in diesem Bereich beitrage. Japan verfolge eine Strategie, die das automatisierte Fahren bis 2025 ausweiten will, um Unfälle zu vermeiden, Innovation zu fördern und gesellschaftliche Ziele zu erreichen (wie die Mobilität der älteren Bevölkerung verbessern). Dabei würde man auch entsprechende Anforderungen der UNECE WP.29 übernehmen und dessen Arbeiten berücksichtigen.

2.2 Anerkennung von Konformitätsbewertungsergebnissen: Fallbeispiele

Im zweiten Teil präsentierten die Delegationen, wie Konformitätsbewertungsergebnisse basierend auf den Empfehlungen des TBT Komitees («indikative» Liste des TBT Komitees) akzeptiert werden können, welche Rolle internationale Systeme wie das ILAC MRA im Bereich der Konformitätsbewertung spielen und welche Vorteile Herstellererklärungen im Zusammenspiel mit einer funktionierenden Marktüberwachung spielen können.

Südafrika ging auf die Herausforderungen für Exporteure aufgrund von «Free Sales Certificates» ein. Dabei handelt es sich um ein Zertifikat, welches von den Behörden des Exportlandes ausgestellt wird und belegt, dass das Produkt im Exportland rechtmässig in Verkehr ist. Diese Zertifikate würden von einer zunehmenden Anzahl Länder als Bedingung für den Marktzugang verlangt. Betroffen sei eine Vielzahl von Produkten, unter anderem landwirtschaftliche Erzeugnisse, Chemikalien, Arzneimittel, Kosmetika oder Lebensmittel. Eine solche Anforderung stelle Exporteure und Exportländer vor grosse Herausforderungen und sei in vieler Hinsicht problematisch. So sei es fragwürdig, ob sie mit dem TBT Abkommen vereinbar sei und das Nicht-Diskriminierungsverbot beachten würde. Ebenso fehle eine Abstützung auf internationale Leitlinien und Empfehlungen. Die Anforderung könne zudem de-facto ein Verbot von Produkten bedeuten, welche ausschliesslich für den Export produziert würden. Ebenso sei unnötigerweise die entsprechende Behörde im Exportland für die Konformität solcher Produkte verantwortlich gemacht. Die **USA** zeigten auf, wie man sich im Bereich der Produktesicherheit auf den Empfehlungen des TBT-Komitees («indikative» Liste) abstützen würde und so eine Anerkennung von Konformitätsbewertungen international ermöglichen würde. Dabei spielte das «*International Laboratory Accreditation Cooperation Mutual Recognition Arrangement*» (ILAC MRA) eine wichtige Rolle. So müssten Labore, sofern eine Drittstellenbewertung notwendig ist, von einer Akkreditierungsstelle akkreditiert werden, die dem ILAC MRA angehört, um zugelassen zu werden. Das ILAC MRA habe mehrere Vorteile, wie bspw. die Abstützung auf der Expertise der Akkreditierungsstellen, Sicherstellung einer internationalen Teilnahme am System sowie eine geregelte Rechenschaftspflicht im Rahmen des ILAC MRA. Schliesslich würden die Behörden in den USA durch die Zulassung solcher Labore noch genügend Kontrolle bewahren. **Brasilien** stellte den eigenen Ansatz für die Produktesicherheit vor und unter welchen Bedingungen man ausländische Testberichte im Rahmen der Herstellererklärung und Zertifizierung akzeptieren würde. Die **EU** erklärte den Anwesenden, welches die Konformitätsbewertungsverfahren im Bereich der Maschinen, elektrischen Geräte und Funkgeräten in der EU sind. Dabei würden Herstellererklärungen akzeptiert, im Zusammenspiel mit dem Marktüberwachungssystem der EU. Die **USA** vertieften die Präsentationen betr. Medizinprodukte und zeigten anhand des MDSAP nochmals detaillierter auf, wie Konformitätsbewertungsverfahren akzeptiert werden können. Dabei würde nur ein einziges Audit der Hersteller verlangt und in den teilnehmenden Ländern akzeptiert werden. Eine wichtige Rolle in diesem System spiele dabei die Prüfung der auditierenden Organisationen. Zuletzt präsentierte die **IEC** ein

paar Fallbeispiele, um die Vorteile der Anerkennung von IEC Konformitätsbewertungsergebnissen aufzuzeigen. Die IEC hätte 4 globale Konformitätsbewertungssysteme, das wichtigste davon sei das IECEE CB-Scheme.

3 «Conformity Assessment Procedures»-Guidelines

Im Rahmen der «8th Triennial Review» verabschiedete das TBT-Komitee eine Empfehlung, wonach unverbindliche praktische Guidelines ausgearbeitet werden sollen, die Regulierungsbehörden in der Wahl und Erarbeitung von Konformitätsbewertungsverfahren unterstützen.

Um die entsprechenden Diskussionen voranzubringen und zu konkretisieren haben bisher die EU ([JOB/TBT/322](#)), die USA ([JOB/TBT/326](#)), Australien ([JOB/TBT/347](#)), Japan ([JOB/TBT/349](#)), und neu auch Kanada ([JOB/TBT/358](#)) schriftliche Vorschläge eingereicht.

Der Vorsitzende fasste die wichtigsten Punkte aus den bisherigen Diskussionen zusammen, nämlich, dass die Erarbeitung solcher Guidelines breite Unterstützung findet, eine der Prioritäten aus der 8TR sei, der Prozess zur Finalisierung der Guidelines jedoch nicht überhastet sein sollte, und die informellen Sitzungen des TBT Komitees einen Beitrag im weiteren Prozess leisten können. Die Delegationen wurden dazu aufgefordert, schriftliche Vorschläge einzureichen, um die Diskussionen voranzubringen.

Kanada stellte kurz den eigenen, zuletzt eingereichten schriftlichen Vorschlag vor und wiederholte seine Unterstützung für die Erarbeitung solcher Guidelines. Die USA und EU forderten weitere Delegationen auf, entsprechende Vorschläge einzureichen. Die EU schlug zudem vor, die Diskussionen aus den thematischen Sessions für die weiteren Diskussionen zu berücksichtigen, und forderte das Sekretariat auf, eine Übersicht über die wichtigsten Punkte zu diesem Thema aus vergangenen Diskussionen zu erstellen bzw. diese in das Dokument zu den Follow-Ups aus der «8th Triennial Review» aufzunehmen. Die USA entgegneten, dass die Stellungnahmen aus den thematischen Sessions jedoch nicht zwingend die Position der offiziellen Delegationen widerspiegeln würden und deshalb nicht ohne Weiteres in die Guidelines aufgenommen werden sollten. China informierte das TBT Komitee darüber, dass ein chinesischer Vorschlag ebenso in Erarbeitung sei und vor dem nächsten TBT Komitee geteilt werden könne.

4 Transparenz: ePing

Das WTO Sekretariat berichtete von den Follow-Up Arbeiten aus der «8th Triennial Review», unter anderem auch die Transparenz Empfehlungen betreffend, und stellte wiederholt die neuesten IT-Anpassungen des ePing-Systems (TBT/SPS-Notifikationsplattform) vor, um die Umsetzung der entsprechenden Empfehlungen in Zukunft einfacher zu gestalten. Unter anderem wurden Verbesserungen eingeführt, um Stellungnahmen auf Notifikationen sowie Antworten auf solche Stellungnahmen besser veröffentlichen und entsprechend kennzeichnen zu können, aber auch in den entsprechenden Notifikationen verfolgen zu können. An einer Informationsveranstaltung am Rande des TBT-Komitees wurden die Anpassungen den interessierten Delegierten im Detail vorgestellt und mögliche Anwendungen hinsichtlich der Empfehlungen aus der «8th Triennial Review» diskutiert.

Bei dieser Gelegenheit wies die Schweiz im Plenum auf einen eigenen Beitrag aus der «8th Triennial Review» hin, der die Transparenz im Umgang mit Stellungnahmen auf Notifikationen verbessern möchte und in die Empfehlungen aus der «8th Triennial Review» aufgenommen wurde. Die Möglichkeiten in ePing würden es mittlerweile erlauben, Stellungnahmen auf Notifikationen sowie Antworten darauf zu veröffentlichen und damit die entsprechende Empfehlung

umzusetzen. Die Mitglieder wurden dazu ermutigt, ePing diesbezüglich zu gebrauchen. Eine derart erhöhte Transparenz im Umgang mit Stellungnahmen auf Notifikationen würde dazu beitragen, unnötige Handelshemmnisse im Sinne des TBT-Abkommens zu vermeiden. Australien unterstützte jegliche Bemühungen, dies zu ermöglichen. Die USA äusserten ebenso Unterstützung für die Verbesserung von ePing, die zur Transparenz beitragen würden. Dabei wurde auch die Frage gestellt, inwiefern Verknüpfungen mit anderen Systemen wie der eAgenda möglich sei.

5 Diverses und Anhang

Gegen Ende der regulären Sitzung berichteten und informierten Mitglieder und Beobachter über ihre wichtigsten Aktivitäten im Bereich der technischen Entwicklungszusammenarbeit und in anderen für das TBT-Komitee relevanten Bereichen (siehe für die einzelnen Beiträge unter anderem [Meeting Documents](#)).

5.1 Wichtige Daten

- Nächstes TBT-Komitee: 12. - 14. Mai 2020

5.2 Anhang

Alle referenzierten Dokumente (inkl. Präsentationen aus den informellen Sitzungen) sind unter den folgenden Links oder auf Anfrage beim Autor erhältlich:

- [Agenda, Report & Minutes](#),
- [Meeting Documents](#)
- [Präsentationen aus den informellen Sitzungen](#)
- [Beiträge betr. Guidelines zur Erarbeitung von Konformitätsbewertungsverfahren](#)